

Gewerkschaften und Jugend in der Weimarer Republik

Udo Wichert, geboren 1952 in Witten/Ruhr, Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften an der Ruhr- Universität Bochum, ist seit 1977 Jugendsekretär in der Abteilung Jugend der Hauptverwaltung der IG Bergbau und Energie, Bochum.

Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Jugend am Ende der Weimarer Republik wird in generellen Einschätzungen mit Begriffen wie „geringe Anziehungskraft“, „Überalterung“, „Generationskonflikt“, „Disziplinierung“ gekennzeichnet; der Sozialdemokratie wird Unverständnis für Probleme, Bedürfnisse und Mentalität der Jugend nachgesagt¹. Derselbe Immobilismus bestimme nicht nur das Verhältnis zwischen sozialdemokratischer Partei und Jugend, sondern - so wird aufgrund übergreifender Interdependenzen geschlossen - kennzeichne auch die Beziehungen von freien Gewerkschaften und arbeitender Jugend. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit habe vor dem Hintergrund der sozial- und wirtschaftspolitischen Bedingungen und der daraus resultierenden gesellschaftlichen Konflikte im ADGB und seinen Verbänden nur einen marginalen Stellenwert besessen¹.

Ein aktiv Beteiligter, der langjährige Jugendsekretär des ADGB, Walter Maschke, kam im Jahre 1930 zu einer anderen Einschätzung. Er konstatierte einen positiven Wandel im Verhältnis der Gewerkschaften gegenüber der arbeitenden Jugend. Anstelle der „anfänglichen Form einer gelegentlichen Beschäftigung mit der Jugend“ sei nun als „selbständiges Aufgabengebiet“ die „Ermöglichung eines Gemeinschaftslebens“ getreten. Neben dem zahlenmäßigen Anwachsen Jugendlicher im Produktionsprozeß erkennen nun die freien Gewerkschaften den „Zusammenhang von Jugendorganisationen, Jugenderziehung, Jugendschutz und Berufsausbildung mit den allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft“ an².

Aufbau

Die von Maschke festgehaltene Veränderung im Verhalten der Gewerkschaften in Jugendfragen erlangt erst beim Vergleich mit deren Haltung vor dem Ersten

¹ Hans Mommsen: Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung“ des deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972, Frankfurt/Main 1974, S. 124 ff.

² Walter Maschke: Jugendbewegung und Jugendfürsorge (Freie Gewerkschaften in Deutschland), in: Ludwig Heyde (Hrsg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1932, S. 881 ff.

Weltkrieg die ihr zukommende Bedeutung. In der Resolution des Hamburger Kongresses von 1908 - dem ersten Gewerkschaftskongreß überhaupt, der Jugendprobleme auf die Tagesordnung setzte - waren die freien Gewerkschaften als Hauptgegner einer autonomen Jugendorganisation aufgetreten, hatten sie für unzweckmäßig befunden und daher abgelehnt³. Erst nach langwierigen Debatten mit dem Parteivorstand der SPD waren die Gewerkschaften zu einer Beteiligung an gemeinsamen „Jugendausschüssen“ und der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ auf der Basis des Kompromiß-Beschlusses des Nürnberger Parteitages der SPD von 1908 bereit⁴.

*In den Mitgliedsverbänden des ADGB organisierte Jugendliche 1919–1931**

Jahr	Zahl der jugendlichen Mitglieder	Zahl der Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften	Zahl der Jugendausschüsse
1919	–	4 861 644	–
1920	–	7 890 000	–
1921	252 196	7 751 000	418
1922	272 200	7 895 065	425
1923	234 188	5 749 763	–
1924	126 297	4 564 163	243
1925	119 524	4 156 451	238
1926	124 601	3 977 309	260
1927	152 237	4 150 160	287
1928	180 396	4 653 586	305
1929	229 561	4 906 228	346
1930	224 539	4 821 832	351
1931	170 854	4 417 852	374

* Quelle: Jahrbücher des ADGB von 1922–1931.

Die Ursachen für diesen inneren Wandel der Gewerkschaften und dessen organisatorischen Ausdruck - der Aufbau gewerkschaftlicher Jugendarbeit - sah Maschke in der Novemberrevolution, in der Aufhebung restriktiver Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes von 1908, den Möglichkeiten des Kollektivvertragsrechts sowie im erhöhten Anteil jugendlicher Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft der Gewerkschaften. Den Hauptgrund für die Notwendigkeit einer eigenständigen Jugendarbeit der freien Gewerkschaften bildete die parteipolitische Spaltung der

3 Protokoll der Verhandlungen des 6. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Hamburg vom 22.-27. 6. 1908, Berlin o. J., S. 303 f.

4 Walter Knepel: Zur Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung 1904-1918. Eine Untersuchung über die Organisationsform der Arbeiterjugend und ihr Verhältnis zu den Erwachsenenorganisationen der Arbeiterbewegung. Frankfurt/Main, S. 56 ff.

Arbeiterbewegung. Der Spaltungsprozeß der Arbeiterjugendbewegung im Ersten Weltkrieg und die parteipolitische Differenzierung der Sozialdemokratie hatten dem Organisationsmodell der „Zentralstelle“ die Existenzberechtigung für die um ihre Parteionabhängigkeit und auf Eigenständigkeit bedachten Gewerkschaften entzogen⁵.

Der Nürnberger Gründungskongreß des ADGB von 1919 beschloß eigene Reformforderungen zur Lehrlingsausbildung⁶; und der Leipziger ADGB-Kongreß von 1922 empfahl den Mitgliedsverbänden, sich verstärkt Jugendfragen zu widmen und mittels der „Leitsätze“ sowie einer „Mustersatzung“ die Jugendarbeit aufzubauen⁷. Die Leipziger Entscheidungen beendeten die erste Phase des organisatorischen Aufbaus. In Kassel war zuvor 1921 eine Konferenz des ADGB zur Besprechung von Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit abgehalten worden, an der die Vertreter von 23 Gewerkschaften und 15 Ortsausschüssen des ADGB nach Verabschiedung von „Leitsätzen“ und der Diskussion von Fragen ihres Selbstverständnisses eine konsolidierte Bilanz ziehen konnten⁸. Eine zweite Besprechung in Leipzig 1922 im Vorfeld des ADGB-Kongresses trug zur weiteren Festigung bei. Nun wurde das Verhältnis von Einzelgewerkschaften und ADGB auf dem Gebiet der Jugendarbeit abgeklärt: Die lokalen Jugendgruppen der ADGB-Verbände bildeten vor Ort als organisatorisches Koordinationsinstrument die Jugendkartelle des ADGB⁹. Inzwischen war auch beim ADGB-Bundesvorstand ein Jugendsekretariat mit einem hauptamtlichen Jugendsekretär, nämlich Walter Maschke, eingerichtet worden¹⁰.

Rückschlag und Konsolidierung

Die Statistik ergibt allerdings nur ein unzureichendes Bild von den Mitgliederzahlen Jugendlicher in den freien Gewerkschaften. Die Angaben in den Jahrbüchern des ADGB und die Aussagen Walter Maschkes auf der Hamburger Konferenz von 1925 differieren um nicht weniger als 140 000. Die offizielle ADGB-Statistik verzeichnet für das Jahr 1924 126 297 jugendliche Mitglieder¹¹, Maschke hingegen berichtet für den gleichen Zeitraum von 267 000¹². Diese und andere Differenzen finden ihre Erklärung in der von der ADGB-Zentrale selbst beklagten Ungenauigkeit der Verbandsstatistiken, in denen z. T. Jugendliche nicht gesondert ausgewiesen, aufgrund einer fehlenden Jugendarbeit nicht gesondert geführt oder

5 Maschke, a.a.O., S. 881 f.

6 Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 30. 6.-15. 7. 1919, Berlin o. J., S. 77-81.

7 Salomon Schwarz: Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, Berlin 1930, S. 229 f.

8 Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Abgehalten am 17. und 18. 6. 1921 in Kassel, Berlin 1921.

9 2. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Abgehalten am 17. und 18. Juni 1922 in Leipzig (Volkshaus), Berlin 1922, S. 30/1.

10 Ebenda, S. 8.

11 Jahrbuch des ADGB 1924, S. 137.

12 Protokoll der 3. Konferenz zur Besprechung von Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit. Abgehalten am 6. und 7. 8. 1925 in Hamburg, Berlin 1925, S. 118.

als Lehrlinge nicht zu den jugendlichen Mitgliedern gezählt wurden¹³. Trotz dieser Einschränkungen erlauben die vorliegenden Zahlen einige Trendaussagen. So waren im Jahre 1921 nur knapp 10% der jugendlichen Erwerbstätigen unter 18 Jahren überhaupt gewerkschaftlich organisiert. Der Höchststand dürfte 1922 erreicht worden sein. Nach einer detaillierten Zählung mit Schätzungen über die Zahl jugendlicher Mitglieder - auch in den Verbänden, die keine genauen Angaben machten - errechnete das ADGB-Jugendsekretariat etwa eine halbe Million jugendlicher Mitglieder¹⁴.

Trotz dieses Anstiegs des Organisationsgrades auf etwa 12,5% konnte nicht die Höhe des Organisationsgrades der Erwachsenen von 25% (im Jahre 1922) erreicht werden. Der gravierende Rückgang bei den Mitgliederzahlen in den Jahren 1923/24 insgesamt korreliert mit Zahlen bei den Jugendlichen. Das Verhalten Jugendlicher in ihrer Integrationsbereitschaft wich nicht wesentlich von dem der Gesamtmitgliedschaft ab. Die freien Gewerkschaften hatten in der Inflation und wegen der Enttäuschung weiter Teile der Mitgliedschaft an Attraktivität verloren. Es kann jedoch nicht uneingeschränkt vom quantitativen Rückgang der Mitgliederzahl und der Zahl der Jugendkartelle auf einen qualitativen Rückschlag in der Jugendarbeit geschlossen werden. Der Bericht des Jahrbuches des ADGB von 1924 stellt für die Inflationszeit eine Stabilisierung der Jugendabteilungen und örtlichen Jugendkartelle fest¹⁵. Die Berufs- und Betriebszählung von 1925 weist 3 900 000 Jugendliche unter 18 Jahren in Handwerk, Industrie, Handel und Verkehr als gewerbliche Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und weibliche Beschäftigte aus, während in den Mitgliedsverbänden des ADGB nur etwa 300 000 Jugendliche organisiert waren¹⁶. Erst 1927 konnte dieser Rückschlag ausgeglichen werden; die Mitgliedschaft stieg wieder kontinuierlich an. Dieser Trend zeigte sich schon in der Übersicht der Jugendkartelle für das Jahr 1926. Der Rückgang an jugendlichen Mitgliedern von 1930 an war durch die Weltwirtschaftskrise bedingt. Es kam allerdings nicht zu einem vergleichbar großen Einbruch wie in den Jahren 1923/24. Auch in der Phase der großen Depression gab es im Organisationsverhalten der Jugendlichen keine negativen Abweichungen zu den Erwachsenen. Es fehlte allerdings an den Zuwächsen aus einer erfolgreichen Mitgliederwerbung, die insbesondere durch die drastische Reduzierung der Lehrlingsausbildung verhindert wurden. Die ansonsten relative Stabilität der Organisationszahlen der Jugendlichen lassen eine hohe Integration und Loyalität im Verhältnis zur gewerkschaftlichen Organisation vermuten.

Gelungene Integration

Dieses eher positive Verhältnis hatte sicherlich eine Ursache in der Organisationsstruktur der Gewerkschaftsjugend. Die Jugendabteilungen organisierten auf

¹³ Jahrbuch des ADGB 1928. Berlin 1929, S. 198.

¹⁴ 2. Konferenz zur Besprechung von Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit. Abgehalten am 17. und 18. 6. 1922 in Leipzig, Berlin 1922, S. 8.

¹⁵ Jahrbuch des ADGB 1924, S. 193.

¹⁶ Jahrbuch des ADGB 1930, S. 268.

lokaler Ebene der Berufsverbände die Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren. Der Jugendleiter, auch Jugendobmann genannt, war in der Regel zwischen 18 und 25 Jahre alt und wurde in der Regel nicht von den Jugendlichen gewählt, in einigen Fällen aber von ihnen bestätigt, gewöhnlich aber von der örtlichen Gewerkschaftsführung bestellt¹⁷. Mit dem von den Jugendlichen gewählten Jugendausschuß bildete der Jugendleiter die Leitung der Jugendabteilung. Den Jugendleitern wurde in der Jugendarbeit die zentrale Stelle eingeräumt. Sie bildeten die Zielgruppe, die in besonderen Schulungskursen und mit besonderen Informationsschriften auf ihre Arbeit als Multiplikatoren durch die Jugendsekretariate vorbereitet wurden. Diese Funktionärsgruppe hatte einen besonderen gewerkschaftlichen Ehrenkodex. So belegen die „10 Gebote für einen Jungobmann“ des Bergarbeiter-Verbandes, die hohen ideellen, moralischen und ethischen Wertmuster, die diese Jugendfunktionäre „als Kämpfer für den Sozialismus“ verinnerlichten¹⁸. Wie wichtig diese Funktionärsschicht vom ADGB genommen wurde, beweist die Tatsache, daß seit 1926 der „Jugend-Führer“ als Monatsorgan für gewerkschaftliche Jugendleiter herausgegeben wurde¹⁹.

Die Auflagenhöhe dieser Zeitschrift läßt Rückschlüsse über die Anzahl dieser wichtigen Funktionärsgruppe zu. Sie stieg von 1926 mit 6300 Exemplaren auf 9000 Exemplare 1929. Die dann einsetzende Reduzierung der Auflage und des Umfangs dürfte eher ihre Ursache in der Finanzknappheit als in dem Rückgang von Jugendleitern haben²⁰. Auf bezirklicher Ebene bildeten Jugendleiter- oder Jugendobleutekonferenzen und von diesen gewählte Jugendkommissionen die nächst höhere Stufe²¹. Hauptamtliche Jugendsekretäre bei den Verbandsvorständen und z. T. auf Bezirksebene koordinierten die Jugendgruppenarbeit und redigierten zumeist die von vielen Einzelgewerkschaften herausgegebenen Jugendzeitschriften. Die starke Einbindung der Gewerkschaftsjugend in die Gesamtorganisation wurde oftmals dadurch zum Ausdruck gebracht, daß Mitglieder der Verbandsvorstände die Jugendarbeit verantwortlich leiteten.

Der Gedanke, die Jugendarbeit übergreifend für alle Berufe allein auf ADGB-Ebene aufzubauen, war bald fallengelassen worden, da sich insbesondere die Berufsverbände dagegen wandten und diese besonderen Wert auf die erzieherische und solidaritätsfordernde Funktion der Berufsbindung legten. Eine statistische Untersuchung des ADGB Ende des Jahres 1928 ergab u.a., daß nicht in allen Verbänden Jugendabteilungen existierten. In 412 Orten wurden 1551 Jugendabtei-

17 Leitgedanken für die Jugendarbeit im Bergarbeiter-Verband. Hrsg.: Jugendzentrale des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum 1925, S. 7.

18 Leitgedanken. a.a.O., S. 3; diese „10 Gebote . . .“ wurden allen Schriften für Jugendobleute des Bergarbeiter-Verbandes vorangestellt.

19 Jahrbuch des ADGB, 1926, S. 132.

20 Rekonstruiert anhand der Jahrbücher des ADGB von 1926-1931. Auflagenhöhe: 1926: 6300, 1927: 7500, 1928: 8500, 1929: 9000; für 1930-1931 wurde die Auflagenhöhe nicht beziffert.

21 Die Jugendbewegung im Verband der Bergbau-Industriearbeiter Deutschlands. Richtlinien und Anregungen zur Ausgestaltung der Jugendbewegung. Bochum 1932. S. 8.

lungen mit 147 700 Mitgliedern gezählt. Aufgrund der mangelhaften Erhebung rechnete das ADGB-Jugendsekretariat allerdings diese Zahlen hoch und ging von 2500 lokalen Jugendgruppen aus. Ein weiteres - nicht nur damals wichtiges Problem gewerkschaftlicher Jugendarbeit - wurde in derselben Statistik deutlich: Die Zahl organisierter Jugendlicher ist nicht zwangsläufig gleichzusetzen mit der Zahl gewerkschaftlich aktiver Jugendlicher²², was die folgende Tabelle beispielhaft zeigt:

Verbände	Jugendliche Mitglieder	Mitglieder in Jugendabteilungen
Holzarbeiter	26 300	18 000
Textilarbeiter	37 000	4 200
Fabrikarbeiter	22 200	3 500

Die ebenfalls zutreffende Feststellung, daß Lehrlinge eine größere Bereitschaft zur Aktivierung in der Jugendgruppe zeigten als Jungarbeiter, bedarf einer eingehenden Erläuterung. Die starke Betonung einer die Berufsausbildung begleitenden und verbessernden Fortbildung sowie das Eingehen auf die beruflichen Fortbildungsinteressen in den Programmen und Tätigkeiten der Jugendabteilungen, insbesondere der Gewerkschaften mit handwerklich orientierten Berufen wie Bau- und Holzarbeitern, kam den Qualifikationswünschen vieler Lehrlinge entgegen²³. Diese Berufsverbände schufen somit sehr enge Bindungen an ihre Jugendgruppen. Mit einem derartigen Programm gewerkschaftlicher Jugendarbeit waren diese Lehrlinge stark zu motivieren. Die Industrieverbände z. B. der Metallindustrie und des Bergbaus mit einem hohen Anteil von Jungarbeitern oder ohne eine traditionelle Lehrlingsausbildung, konnten nicht diesen Weg der Integration Jugendlicher gehen. Sie hatten größere Integrationsprobleme, die sie durch die breiteste Aufnahme der Interessen ihrer Jugendlichen auszugleichen suchten.

Autonomie der Gewerkschaftsjugend?

Das Maß von Einbindung und Selbständigkeit gilt als zentrale Frage der Autonomie einer Jugendbewegung. Die Dominanz der Erwachsenen in der Gewerkschaftsjugend sowie das Verständnis von Jugend als unmündiges Erziehungsobjekt läßt sich auf den Typus „autoritär bzw. zentralistisch“ reduzieren²⁴. Allerdings muß eingeschränkt werden, daß in der Praxis die Jugendlichen stärkere Mitsprache ausübten, als es die Richtlinien vorsahen. So waren z. B. von 205 Jugendabteilungen

²² Maschke, S. 882 f.

²³ Siehe das Vierteljahresprogramm einer Jugendgruppe des Baugewerksbundes in: Maschke, S. 883.

²⁴ Günter Hartmann: Entstehungszusammenhänge der selbständigen Arbeiterjugendbewegung in Deutschland und die Auseinandersetzungen um den Erhalt der Selbständigkeit. Forschungsbericht 1, Projekt SOPAED, Bielefeld 1980.

des Holzarbeiterverbandes mit 685 Mitarbeitern 346 von diesen unter 18 Jahre alt²⁵. Der Zentralverband der Angestellten (ZdA), einer der Verbände der freien Gewerkschaften mit der ausgeprägtesten Jugendarbeit, zeigte eine abweichende Organisationsstruktur. Die alle drei Jahre stattfindenden Reichsjugendkonferenzen wählten 7 jugendliche Mitglieder, die in beratender Funktion mit einem verantwortlichen Vorstandsmitglied die Reichsjugendabteilung bildeten²⁶.

Die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) forderten während der 2. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit am 17./18. 6. 1922 in Leipzig eine verstärkte Beteiligung an Entscheidungsprozessen des ADGB in Jugendfragen. Der DMV-Antrag, zur Vertretung der Interessen der jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften einen Beirat für das Jugendsekretariat des ADGB zu bilden, wurde angenommen²⁷. Der Bundesvorstand und Bundesausschuß des ADGB lehnten allerdings die Leipziger Beiratsforderung ab. Im Bedarfsfall, so wurde konzidiert, sollten Sachverständigenbesprechungen einberufen werden²⁸. Diese Entscheidung stieß bei einigen Delegierten der 3. Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen in Hamburg 1925 auf heftige Kritik. Die Einheitlichkeit in der Forderung nach einem Beirat war allerdings zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr gegeben, so daß die Antragskommission mit taktischem Geschick empfahl, im Hinblick auf das kommende Berufsausbildungsgesetz eine Festlegung der Organisationsform offenzulassen und die bisherige Praxis der Sachverständigenkonferenz beizubehalten. Trotzdem konnte diese Empfehlung nur gegen „eine erhebliche Minderheit“ beschlossen werden²⁹. Die Beiratsdiskussion war damit allerdings noch nicht abgeschlossen. Dem Breslauer ADGB-Kongreß 1925 lagen Anträge zur Stärkung der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit vor, die diese Forderung erneut erhoben³⁰. Fritz Tarnow, der Sprecher der Antragskommission, räumte vor der Abstimmung ein, daß diese Anträge beachtliche zu prüfende Anregungen enthielten, allerdings vom Bundesvorstand geprüft werden müßten. Diese Empfehlung fand die einstimmige Unterstützung und wurde an den ADGB-Bundesvorstand überwiesen³¹. Bis 1933 richtete der ADGB keinen Jugendbeirat ein.

Kämpfer für den Sozialismus?

Die gewerkschaftliche Jugendgruppe, mancherorts auch Jugendabteilung oder Lehrlingssektion genannt, bildete den organisatorischen Rahmen für die Absicht,

25 Maschke, a.a.O., S. 885.

26 Siehe Artikel zum ZdA in: Heyde, a.a.O., S. 2104.

27 2. Konferenz, Leipzig 1922, a.a.O., S. 10; vgl. Anm. 9.

28 3. Konferenz, Hamburg 1925, a.a.O., S. 7; vgl. Anm. 12.

29 Ebenda, S. 37.

30 Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Breslau 1925. Berlin o.J. S. 55f.

31 Ebenda, S. 184.

„Kämpfer für den Sozialismus“ zu erziehen³². Die Jugendlichen trafen sich in ihrer Freizeit wöchentlich in z. T. gewerkschaftseigenen Jugendheimen. Jugendpflege, d. h. Kultur- und Freizeitarbeit, wurde großgeschrieben. Die Betätigungsmöglichkeiten waren äußerst vielseitig: Berufliche Fortbildung, Diskussionen, Schulungen, Leseabende, Bastelabende, Filmabende, Wanderungen, Volkstanz, Sportwettkämpfe, Laienspiele, Theater und Spielmannszüge.

Ziel dieser „Jugendpflege“ war es, den jugendlichen Gruppenmitgliedern eine emotionale Bindung zu geben, gekoppelt mit der Vermittlung gewerkschaftlicher Vorstellungen. Dieses Gruppenleben unterschied sich in nichts von den Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) oder des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD)³³. Diese gewerkschaftliche Jugendarbeit wurde und wird oftmals mit dem Begriff des „Unpolitischen“ gekennzeichnet. Abgesehen davon, daß hier eine besondere Definition von des „Politischen“ vorliegt, muß festgehalten werden, daß diese kulturelle Freizeitarbeit oft mehr als die allein zu begrüßende Entfaltung individueller und kollektiver Kreativität darstellte. So führte 1930 die „Freie Gewerkschaftsjugend Berlin“ einen Wettbewerb für Theatergruppen ihrer Jugendabteilungen durch. Drei von fünf Theaterstücken der „unpolitischen“ gewerkschaftlichen Jugendpflegearbeit setzten sich mit dem Thema „Jugendarbeitslosigkeit“ auseinander.³⁴

Die freigewerkschaftliche Jugendzentrale für den Ortsausschuß des ADGB Berlin galt überhaupt als eines der vielseitigsten und effektivsten Jugendkartelle des ADGB. Die Jahresberichte und Mitteilungsblätter der Berliner Jugendzentrale dokumentieren ein breites Angebot kultureller und sportlicher Aktivitäten, eine intensive Bildungsarbeit, eine ausgeprägte Form von Pfingsttreffen und Wanderungen, eine besondere Fürsorge für jugendliche Erwerbslose und eine spezielle Veranstaltungsform für Mädchen³⁵. Richtschnur dieser Jugendarbeit war, so die Aussage des damaligen ADGB-Ortsjugendsekretärs Erich Pickert: „Immer war uns wichtig, die Form gewerkschaftlicher Jugendarbeit zu diskutieren“³⁶.

Das Eingehen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen bildete den allgemeinen Konsens für die Jugendarbeit der Gewerkschaftsverbände in der Weimarer Republik. Der Reichsjugendleiter des Bergarbeiter-Verbandes, Jakob Triem, faßte dieses Selbstverständnis 1930 zusammen: „Wie überall im Jugendleben, so kommt es auch in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit darauf an, daß man die jungen Menschen mit ihrer ganzen Person erfaßt, d. h., daß man

32 Die Jugendbewegung im Verband der Bergbau-Industriearbeiter, S. 14.

33 Selbst die „Geschichte der Arbeiterjugendbewegung 1904-1945“, Hrsg.: Autorenkollektiv Karl-Heinz Jahnke u. a., Dortmund 1973, kommt nicht umhin, bei der Beschreibung des KJVD dies zu bestätigen.

34 Jahresbericht l. 4. 1930-31. 3.1931. Freie gewerkschaftliche Jugendzentrale des Ortsausschusses des ADGB Berlin, Berlin 1931, S. 9.

35 Siehe dazu die Jahresberichte des Berliner Ortsausschusses von 1923-1931.

36 Interview von Detlef Prinz mit Erich Pickert in „Welt der Arbeit“, Nr. 28, 10. 7. 1980, S. 13.

ihren geistigen, geselligen, beruflichen und sportlichen Bedürfnissen gerecht wird³⁷."

Jugendtagen und Jugendtreffen maß die Gewerkschaftsjugend besondere Bedeutung zu. Sie boten Gelegenheit, die eigene Arbeit nach außen zu dokumentieren. Hierbei wurden alle Formen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit berücksichtigt. Im Vergleich zu den Jugendtagen und Pfingsttreffen der kommunistischen Jugend oder der SAJ zeigen die Berichte in den Darstellungsformen kaum Unterschiede³⁸.

Mit diesen Formen entsprach die Gewerkschaftsjugend einem sozialpsychologisch erklärbaren Bedürfnis der Jugend nach starker Emotionalisierung bei gleichzeitiger Ablehnung herkömmlicher Organisationsmuster. Die Idealisierung des Gemeinschaftsgedankens war einer der Grundzüge. Dies fand sich bei allen politischen Jugendorganisationen, es war das Konstitutivum der Weimarer Jugendbewegung. Sie mußte auch von der Gewerkschaftsjugend berücksichtigt werden, wenn sie sich nicht von der arbeitenden Jugend isolieren wollte. Das von Laqueur konstatierte Kennzeichen der Jugendbewegung, die Protesthaltung der Jugendlichen gegen den Mangel an Vitalität, Wärme, Gefühl und Idealen, treffen modifiziert auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit zu³⁹.

Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugend

Wesentlich bestimmt wurde die gewerkschaftliche Jugendarbeit der freien Gewerkschaften von den politischen Auseinandersetzungen um die gesetzlichen und tarifvertraglichen Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Jugend. Jugendarbeitsschutz, Berufsausbildung, Urlaub, Fortbildungsschule, Tarifierung des Lehrlingswesens, Jugendarbeitslosigkeit und freiwilliger Arbeitsdienst sind nur Stichworte zur Kennzeichnung dieses gewichtigen Handlungsfeldes gewerkschaftlicher Jugendarbeit, die nicht nur die Diskussion auf den Konferenzen und die Berichterstattung in der Gewerkschaftspresse beherrschten. Mit der EntschlieÙung zum Lehrlingswesen des Nürnberger Kongresses 1919 legte der ADGB frühzeitig einen Forderungskatalog zum Schutze der arbeitenden Jugend und deren berufliche Ausbildung vor. Der „Reichsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen" (Rajo) beschloÙ am 13. 7.1921 einstimmig sein „Wirtschaftliches Mindestprogramm", das in wesentlichen Punkten mit den Nürnberger Forderungen des ADGB übereinstimmte. Dieses Forderungspaket wurde im Rajo als gemeinsame Plattform mit der kommunistischen Jugend verfaÙt. Es blieb das einzige gemeinsame Vorgehen, die einzige „Aktionseinheit" der freien Gewerkschaftsjugend mit der kommunistischen Jugend.

37 Jakob Triem: Der volksbildnerische Wert gewerkschaftlicher Jugendarbeit, in: Dreißigacker, Volkshochschule/Erwachsenenbildung, Hrsg.: Ilse Theiß/Heiner Lotze, Jena 1930, S. 165.

38 Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, S. 318.

39 Walter Laqueur: Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie, Köln 1978 (1962), S. 14.

In der Weimarer Republik ist nie ein Berufsbildungsgesetz verabschiedet worden. Die Kontroversen über Referentenentwürfe und Regierungsvorlagen bestimmen allerdings jahrelang die Diskussionen der Gewerkschaftsjugend. Obwohl es der freien Gewerkschaftsjugend gelang, ihre Forderungen im wesentlichen vom „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände“ (RddJ) unterstützen zu lassen, blieb es nur bei Gesetzesvorhaben. Der Gesetzentwurf von 1927 berücksichtigte nicht die Vorstellung der Gewerkschaften nach Tarifierung des Lehrlingswesens. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beließ es bei diesem Entwurf bis 1933⁴⁰.

Das Scheitern des Berufsausbildungsgesetzes belegt die Problematik einer auf Verrechtlichung zielenden gewerkschaftliche Strategie. Aufgrund fehlender wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Spielräume mußte dieser Legalismus sich in Stellungnahmen an Reichstagsfraktionen und Ministerien oder in öffentlichen Veranstaltungen und gemeinsamen Denkschriften des RddJ erschöpfen. Die sicherlich berechnete Forderung der Verrechtlichung der Berufsausbildung wurde ergänzt von einer gewerkschaftlichen Praxis betrieblicher Durchsetzung und kollektiver Verträge, die auf der eigenen gewerkschaftlichen Kampfkraft beruhte. Eine allzu starke Festlegung auf ein einseitig legalistisches Vorgehen blieb nicht von Kritik ausgespart. Der Bergarbeiter-Verband meinte 1929, es komme nicht darauf an, Resolutionen zu verfassen, sondern in gewerkschaftlicher Kleinarbeit die eigenen Forderungen zu realisieren⁴¹. Als Beleg für den Zusammenhang beider Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung nannte der Bergarbeiter-Verband einerseits erfolgreiche Tarifverträge in den Bergbaurevieren für jugendliche Arbeiter, andererseits erfolgreiche Interventionen beim Gesetz- und Verordnungsgeber. Die Weltwirtschaftskrise setzte diesen gewerkschaftlichen Handlungsräumen gegenüber staatlichen Organen und Kapitalseite zur Erfüllung der Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften sehr bald ein Ende.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit und politische Parteien

Das Verhältnis zu den parteipolitischen Jugendorganisationen mußte aufgrund der Spaltung für die Entwicklung der freigewerkschaftlichen Jugendarbeit von besonderer Bedeutung sein. Der KJVD und seine Vorläufer vollzogen im allgemeinen, zum Teil zeitverschoben, die taktischen Schwankungen der Gewerkschaftspolitik der KPD nach⁴². So berichtete 1920 der „Jungborn“ des Bergarbeiter-Verbandes von scharfen Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Jugend. Zu diesem Zeitpunkt lehnte der kommunistische Jugendverband die Mitgliedschaft in gewerk-

40 Ingeborg Kaufmann: Gewerkschaftliche Jugendarbeit in der Phase der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der Weimarer Republik (1924-1929), Frankfurt/Main, S. 116.

41 Jahrbuch des Bergarbeiterverbandes 1929, Bochum 1930, S. 362.

42 Siehe hierzu: Peter Hauk: Von der autonomen Jugendorganisation zur Parteijugend und der Spaltungsprozeß der FSJD unter besonderer Berücksichtigung des Linkskommunismus 1919/20, Mannheim 1978. Im Gegensatz dazu: Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, S. 268-273.

schaftlichen Jugendorganisationen strikt ab. Erst die 5. Reichskonferenz der kommunistischen Jugend Deutschlands vom Dezember 1920 in Berlin setzte die Mitgliedschaft für Jungkommunisten in gewerkschaftlichen Jugendabteilungen auf die Tagesordnung, allerdings mit dem taktischen Hintergrund, dort nur im Sinne des Parteauftrages zu arbeiten⁴³. Zu einer vorübergehenden Zusammenarbeit kam es in der Phase der Einheitsfrontpolitik 1921 im Rajo. Die Kooperation mit der kommunistischen Jugend scheiterte u. a. daran, daß die Kommunisten sich nach Meinung der Gewerkschafter als nicht bündnisfähig erwiesen. War die Konferenz über Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit 1921 in Kassel noch ohne kommunistische Einflußnahme verlaufen, so zeigte die Leipziger Konferenz 1922 einen wachsenden kommunistischen Einfluß. In der Diskussion über das Auseinanderbrechen des Rajo sprachen sich einige Delegierte für eine Aufnahme der Kommunisten in den Reichsausschüssen aus, da ja schon in 45 lokalen Ortsausschüssen die kommunistische Jugend verstärkt Mitarbeit zeige⁴⁴. Allerdings wurde ein Antrag auf Aufnahme der Kommunisten in den Rajo gegen wenige Stimmen abgelehnt. Von 222 Delegierten soll der Anteil der Kommunisten bei 22 gelegen haben⁴⁵. Im Verlauf des Jungendtreffens des Bezirks Hamburg des ADGB, das 1928 nach dem Hamburger Gewerkschaftskongreß stattfand, wurde eine Kundgebung der Gewerkschaftsjugend mit rund 20 000 Teilnehmern von Gruppen des KJVD massiv gestört⁴⁶, besondere Zielscheibe war Theodor Leipart, der damalige ADGB-Vorsitzende. Entstellende, unwahre Berichterstattung in der KPD-Presse über die 2. Reichsjugendkonferenz des Bergarbeiterverbandes 1928, besonders über das Referat des Reichsjugendleiters Jakob Triem, veranlaßte eine Tagung von Jugendobleuten der Geschäftsstelle Gelsenkirchen, sich gegen derartige Verleumdungen auszusprechen. Derartige durchaus nicht vereinzelte Vorgänge lassen verständlich werden, daß Einheitsfrontangebote des KJVD auch von der Gewerkschaftsjugend in der Folgezeit nicht beantwortet wurden⁴⁷. Es gelang dem KJVD nicht, in der Endphase der Weimarer Republik Mitglieder der Jugendabteilungen abzuwerben und an sich zu binden. Allerdings waren Teilerfolge des KJVD bei der erwerbslosen Jugend festzustellen.

Zur sozialdemokratisch orientierten Jugendbewegung bestand ein enges organisatorisches wie politisches Verhältnis. Allerdings, so hatte die Diskussion um den Rajo in Leipzig 1922 gezeigt, waren nicht alle gewerkschaftlichen Jugendfunktionäre für eine stärkere organisatorische Kooperation mit SAJ und Arbeiterturnern zu gewinnen⁴⁸. Äußere Zeichen des verstärkten Zusammengehens waren die gegenseitige Teilnahme von Funktionären an Konferenzen und Jungendtagen. So führte

43 Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, S. 282.

44 2. Konferenz, Leipzig 1922, S. 8 ff.

45 Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, S. 282.

46 Jahrbuch des ADGB 1928, S. 208.

47 Rainer Brötz: Zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterjugend in der Phase der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, Diplomarbeit, Frankfurt/Main, S. 145-147.

48 2. Konferenz, Leipzig 1922, S. 31.

man 1925 die 3. Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen in Hamburg in enger Zusammenarbeit mit der SAJ durch. Die Führungskader von SAJ und Gewerkschaftsjugend waren oft personell identisch⁴⁹. Die Abspaltung des Sozialistischen Jugendverbandes, des Jugendverbandes der Sozialistischen Arbeiterpartei, von der SAJ, und auch der Juso-Konflikt des Leipziger Parteitages 1931 der SPD, gingen ohne nachhaltige Wirkung an der Gewerkschaftsjugend vorbei⁵⁰. Die Jusos schienen zu diesem Zeitpunkt keine gewichtigen Fürsprecher unter den gewerkschaftlichen Jugendfunktionären mehr gehabt zu haben⁵¹. Im Rahmen der „Eisernen Front“ kam es unter den Leitern der sozialdemokratischen Jugendorganisationen Walter Maschke (ADGB), Erich Ollenhauer (SAJ) und Fritz Wildung (Arbeiterturner) Ende 1931 zur Gründung der „Jungen Front“.

Am Aufbau dieser Abwehrorganisationen waren vielfach vor Ort gewerkschaftliche Jugendfunktionäre beteiligt. So drängten in Bochum, dem Sitz des Bergarbeiter-Verbandes, der ehemalige Jugendleiter des Bergarbeiter-Verbandes, Jakob Triem, und der Vorstandssekretär Franz Vogt, Mitglied des Preußischen Landtages, auf einen verstärkten Aufbau dieser republiktreuen Schutztruppe⁵².

Jugendarbeit in der Weltwirtschaftskrise

Da das genaue Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise aufgrund der statistischen Unzulänglichkeiten nicht exakt zu bestimmen ist, wird erwartet, daß der Anteil registrierter arbeitsloser Jugendlicher im Jahre 1932 mit 1,45 Millionen zwischen 14 und 25 Jahren um einiges höher lag als der Anteil der Erwachsenen. Die mangelhaften Unterstützungsleistungen aus dem Gesetz über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) sowie die Kürzungen aufgrund von Notverordnungen verschlechterten die materielle Lage der arbeitslosen Jugendlichen zusehends. Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg bzw. drohender sozialer Abstieg und drohende Arbeitslosigkeit sowie enttäuschte Aufstiegsillusionen bestimmten die Alltagssituation der Jugendlichen. Sie bildeten die Gründe für Radikalisierung und Militarisierung der Jugend.

Unter diesen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise litt auch die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Die wirtschaftlichen Probleme der Gesamtorganisation verdrängten die Jugendfragen zunehmend aus dem Blickwinkel der Gewerkschaftsführungen. Eine Parallele zum Juso-Konflikt und dem Leipziger Parteitag der SPD blieb den freien Gewerkschaften allerdings erspart. Nicht weil für sie das Erklärungsmuster des Immobilismus unzureichend wäre, sondern weil der in der Gewerk-

49 Adam Wolfram: Es hat sich gelohnt. Lebensweg eines Gewerkschafters, Koblenz 1977. Hier sehr anschaulich die enge Verknüpfung von gewerkschaftlicher und parteipolitischer Arbeit in der Jugendbewegung.

50 Rainer Brötz: Zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterjugend . . . a.a.O. S. 141-143.

51 Vor 1925 war mit Franz Osterroth, dem Jugendsekretär beim Hauptvorstand des Bergarbeiter-Verbandes, ein gewerkschaftlicher Jugendsekretär bei den Jusos (Hof-Geismarer Kreis) politisch tätig.

52 Mündliche Aussagen Jakob Triems gegenüber dem Verfasser.

schaftsjugend integrierte und verbliebene aktive Teil der Jugend sich durch besondere Organisationstreue hervortat. Diese Loyalität gegenüber dem „Verband“ war das besondere Merkmal einer hohen Stufe von Integration der Jugend in die Gesamtorganisation. Die allerdings große Masse erwerbsloser, politisch indifferenter oder zu radikalen Gruppen neigender Jugendlicher verweigerte sich trotz der Bemühungen der Gewerkschaften zusehends und wurden nicht erreicht⁵³. Die Mitgliederstatistiken belegen trotz des Rückgangs den Eindruck einer stabilen Jugendorganisation. Diese Stabilität stellten die gewerkschaftlichen Jugendgruppen her. Bis zur bitteren Niederlage 1933 erfüllten sie als Institution der sekundären Sozialisation die wichtige Funktion der politischen Sozialisation, die die Mitglieder weitgehend emotional an die Organisation band, ihnen half, die eigene persönliche politische Identität zu bilden und vor einem Abdriften zu kommunistischen oder faschistischen Jugendorganisationen immunisierte.

Gleichzeitig ist diese Gewerkschaftsjugend auch ein Beispiel für den oftmals konstatierten Zusammenhang zwischen Solidargemeinschaft und politischem Immobilismus⁵⁴. Nur zu leicht bildeten die Jugendgruppen mit ihrer „Lagermentalität“ den Fluchtpunkt in das Refugium „ihrer Jugendgruppe“ für manchen Jugendlichen. Verstärkt wurden diese Aspekte dadurch, daß die gemeinsame Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation dazu führte, daß die gewerkschaftliche Jugendgruppe als Gleichaltrigengruppe die Formen von „peer groups“ mit informellem Charakter und eigener Subkultur übernahm.

Mit ihren positiven Effekten leistete die freie Gewerkschaftsjugend somit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag als Solidargemeinschaft für die Weimarer Republik. Gegenüber dem Nationalsozialismus blieben in der Jugendbewegung nur zwei Gruppierungen resistent: die katholischen Jugendverbände und die freie Gewerkschaftsjugend.

53 Besondere Lehrgänge für Leiter von Erwerbslosenveranstaltungen wurden eingerichtet. Jahrbuch des ADGB, Berlin 1932, S. 204-205.

54 Siehe dazu den Tagungsbericht von Bernd Klemm: Wissenschaftlicher Kongreß „Beiträge zur reformistischen Sozialismustheorie in der Weimarer Republik“ vom 9.-11. 10. 1980 in Freudenberg (Siegerland), in: IWK 16. Jg., Dezember 1980, H. 4, S. 500.